

"Neuer Antrieb für die kraftlose EU" in Neue Zürcher Zeitung (26. September 2006)

Quelle: Neue Zürcher Zeitung. 26.09.2006. Zürich.

Urheberrecht: (c) Neue Zürcher Zeitung AG

Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"neuer_antrieb_fur_die_kraftlose_eu"_in_neue_zurcher_zeitung_26_september_2006-de-538dca72-2c61-45c1-9dcb-59a836f26b03.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Neuer Antrieb für die kraftlose EU

Rumänien und Bulgarien als attraktive Beitrittskandidaten

Bei der ersten EU-Erweiterung mit ehemals kommunistischen Staaten durften sie noch nicht dabei sein: Rumänien und Bulgarien galten damals noch als Transformations-Verlierer. Seither haben sie aber in Windeseile aufgeholt und lassen nun, kurz vor ihrem EU-Beitritt, makroökonomisch eine Spitzenform erkennen.

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt haben sich die EU-Länder darauf verpflichtet, die Defizite in ihren konsolidierten Haushaltrechnungen nicht über 3% des Wertes ihres Bruttoinlandproduktes steigen zu lassen. Manch altes EU-Land und fast alle der im Mai 2004 neu in die Gemeinschaft hereingenommenen Reformstaaten erfüllen die Verpflichtung nicht mehr oder noch nicht. Rumänien und Bulgarien, die beiden balkanischen Kandidaten, die ab kommendem Januar mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls dabei sein werden, lagen 2005 jedoch weit unter dieser Schwelle: In Rumänien stellte sich das Staatsdefizit auf nur 0,8% des BIP, und Bulgarien verzeichnete sogar einen Haushaltüberschuss von 3,2%.

Schwierige Ausgangslage

Dies allerdings nicht ganz freiwillig. In beiden Ländern kam es in den frühen Jahren der Transformation zu schweren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Verwerfungen. Nicht Umstellung auf Marktwirtschaft war damals die Losung, sondern Kanalisierung des gesellschaftlichen in privates Eigentum. Es profitierte hauptsächlich, wer beim Systemwechsel gut vernetzt war, in erster Linie also die Mitglieder der Führungscliquen von Nicolai Ceausescu und Todor Schiwkow. Doch politische Schlaueit ist nicht das Gleiche wie unternehmerisches Geschick. Die Produktionseinrichtungen zerfielen unter ihrer neuen Führung, sie wurden ausgeschlachtet, die Finanzsysteme überdehnt. Im Vergleich mit den Ländern des ostmitteleuropäischen Raumes dauerte die Übergangszession länger, breitete sich mehr Armut aus, fiel der wirtschaftliche Ausstoß auf sehr viel tiefere Werte zurück. In beiden Ländern wurde den Zentralbanken keine Autonomie zugestanden, die Geldsteuerung lief aus dem Ruder, Hochinflation potenzierte die Armut, in Bulgarien kam es 1996/1997 sogar zu Hyperinflation.

Weil es so nicht mehr länger weitergehen konnte, mussten die beiden Länder beim Internationalen Währungsfonds (IMF) um Hilfe nachsuchen. Der Fonds schickte sein Geld wie immer gepaart mit orthodoxen wirtschaftspolitischen «Empfehlungen» - das heißt mit der ultimativen Forderung nach sanierten Haushaltrechnungen, dem Rückzug des Staates aus den Wirtschaftsaktivitäten und einer disziplinierten Geldsteuerung. Das hyperinflationär zerrüttete Bulgarien wurde sogar angewiesen, einen Currency-Board-Mechanismus einzuführen. Die faktische Übernahme der wirtschaftspolitischen Verantwortung durch den IMF war ein voller Erfolg. Beide Länder sind nun, nach einer schmerzhaften Übergangszeit (mit noch mehr Armut), in eine Phase raschen und nachhaltigen Wachstums getreten. Schulden konnten zurückgezahlt werden, andere wurden angesichts des Wohlverhaltens der Regierungen gestrichen.

Rumänien und Bulgarien werden nach ihrem Beitritt die ärmsten, aber auch wachstumsstärksten EU-Länder sein. Das rumänische Bruttosozialprodukt expandierte 2004 um 8,4%, in der letzten, durch schwere Unwetterschäden belasteten Rechnungsperiode waren es immer noch 4,1%, und in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits wieder 7,4%. Bulgarien wächst seit Jahren mit Raten von mehr als 5%. In beiden Ländern handelt es sich nicht um konjunkturelle Strohfeuer, sondern um nachhaltige, von der Exportwirtschaft, der Investitionstätigkeit und auch der Verbesserung der Kaufkraft der Bevölkerung angetriebene Prozesse. Nach der Stabilisierung durch den IMF sind sie vom gleichen Sog erfasst worden, der bereits die Länder der ersten Osterweiterungs-Runde beflügelt hat.

Einzug ausländischer Investoren

Es zeigt sich erneut, dass im Zug der Annäherung an die EU enorme Wachstumskräfte freigesetzt werden. Dieses von den Entwicklungsfachleuten bis 2004 krass unterschätzte Phänomen erklärt sich nicht allein mit dem ungehinderten Zutritt zu einem größeren Binnenmarkt, wie er letztlich auch durch

Freihandelsabkommen oder Zollunionen möglich würde. Es ist vielmehr der Integrationszwang, dem sich die Kandidatenländer unterwerfen müssen. Mit der Übernahme des EU-Rechtsbestandes werden Rechtssicherheit, Transparenz und ein solides finanzielles Umfeld geschaffen, und mit den EU-Strukturgeldern kann die Infrastruktur entscheidend verbessert werden. Sind diese Voraussetzungen, gepaart mit massiv günstigeren Arbeitskosten, gegeben, lassen in der Regel die ausländischen Direktinvestoren nicht lange auf sich warten.

Sie wiederum waren schon in den ostmitteleuropäischen Reformländern der treibende Faktor hinter der Anpassung der Produktionsapparate an die Bedürfnisse der Weltmärkte. Obwohl der Kampf gegen die Korruption und die organisierte Kriminalität sowie die Anstrengungen zur Erneuerung der Justizapparate noch immer auf zähen Widerstand stoßen, sind Rumänien und Bulgarien von diesem Sog in den letzten Jahren voll erfasst worden. Die EU-Kommission wird die Rückstände im Bereich Justiz vermutlich auch im nächsten, Ende September anstehenden Fortschrittsbericht scharf tadeln. Die ausländischen Direktinvestoren, die sich unterdessen in die beiden Länder vorgewagt haben, sehen im Gegensatz zu den um die ordentliche Verwendung der Hilfsgelder besorgten Brüsseler Beobachtern hingegen eher das halbvolle als das halbleere Glas: Von dieser Seite wird denn auch immer wieder daran erinnert, dass die Säuberungen bereits weit in die politischen Apparate der beiden Länder hineinreichen. Der frühere rumänische Regierungschef Nastase musste wegen des Verdachtes der illegalen Bereicherung kürzlich als Parlamentsvorsitzender zurücktreten, und er verlor auch seinen Einfluss auf die Sozialistische Partei. In Italien etwa wäre ein ähnlich kompromissloses Vorgehen unvorstellbar.

Monetäre Erfolge

Mit gleicher Eile sind in den letzten Jahren auch die monetären Rahmenbedingungen verbessert worden. Rumäniens Nationalbank ist es gelungen, die Devisenbewirtschaftung vollständig abzustreifen, sich ausschließlich auf die Inflationsbekämpfung zu konzentrieren und die Wechselkursgestaltung allein dem Markt zu überlassen. Mit dieser Leistung hat Nationalbankgouverneur Isarescu sogar seine Mentoren beim IMF überrascht. Ein ähnlich radikales Modell hat in den EU-Ländern außerhalb der Euro-Zone einzig Polen. Die andern neuen EU-Mitglieder wagen es nicht, auf die Wechselkurspflege zu verzichten; sie geraten bei der Zinsgestaltung immer wieder in Zielkonflikte und neigen deshalb jetzt dazu, ihren Beitritt zur Euro-Zone hinauszuschieben.

Bulgarien hatte mit seinem 1997 in hyperinflationärer Krise eingeführten Currency Board sicher den leichteren, nicht aber unbedingt den krisensichereren Weg eingeschlagen. Die Währung ist fest an die D-Mark bzw. später an den Euro gebunden worden, weshalb der Wechselkurs als Variable zur Entspannung der Leistungsbilanz jetzt nicht mehr zur Verfügung steht.

Lange Zeit war dies kein Problem. Die Banken, die in den letzten Jahren alle privatisiert und an strategische Investoren aus dem Ausland verkauft worden sind, betreiben nun aber in großem Maß - so wie übrigens auch in Rumänien - «carry trades» und überschwemmen den Markt mit relativ günstigen Konsumkrediten. Diese wiederum verursachen kräftig erhöhte Importe. Das Defizit in der Leistungsbilanz Bulgariens verdoppelte sich deshalb allein im vergangenen Jahr auf 12% des Bruttosozialproduktes, und in der ersten Hälfte 2006 waren es bereits 14%. Auch dies ist ein Rekordwert, der in der EU nicht seinesgleichen hat. Vorläufig wird deshalb jedoch keine Währungskrise befürchtet; noch kann der Fehlbetrag durch den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und dank den Remissen der Emigranten spielend gedeckt werden.

Der Euro als Ziel

Anhaltend hohe Leistungsbilanzdefizite sind aber mit Currency-Board-Arrangements auf lange Sicht nur schwer vereinbar. Um das Potenzial für künftige Währungskrisen ein für alle Mal zu entschärfen, wird Bulgarien - mehr noch als Rumänien - alles daransetzen nach dem EU-Beitritt so rasch als möglich auch den Euro als offizielle Währung zu übernehmen. Es wäre angesichts der günstigen haushaltspolitischen und monetären Voraussetzungen nicht erstaunlich, wenn dies sogar vor Tschechien, Ungarn oder auch Polen gelänge.